

An den
Bezirksbürgermeister
des Stadtbezirks Do-Hörde

Herrn Sascha Hillgeris

27. September 2017

Anfrage zur Sitzung der Bezirksvertretung Do-Hörde
am 17. Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

für die obige Sitzung der Bezirksvertretung Do-Hörde stellt die SPD-Fraktion folgende Anfrage:

„Offene/bisher unbeantwortete Anträge“

Die jeweilige Fachverwaltung wird gebeten, über den Bearbeitungsstand der folgenden Anträge Auskunft zu geben:

18. Sitzung der BV, 28. Juni 2016:

Antrag zu „wilden“ Radwegen in den südlichen Waldgebieten; neben konkreten Maßnahmen zur Verminderung des Radfahrens abseits der offiziellen Wege wurde auch über die Einrichtung einer betreuten Radfahrstrecke (z.B. für Mountainbiker) und sich daraus ergebende Haftungsfragen gesprochen. Ein dazu angeregtes Gespräch mit Radfahrorganisationen (ADFC) steht weiterhin noch aus.

20. Sitzung der BV, 4. Oktober 2016:

Antrag zur Verlegung eines Fragments der „Torgauer Brücke“; die Verwaltung wurde gebeten Vorschläge für einen neuen Standort zu unterbreiten. Eine Antwort steht noch aus; insofern konnte auch dem Grundstückseigentümer, auf dessen Fläche die Fragmente z.Z. stehen, keine Auskunft über einen neuen Standort gegeben werden.

21. Sitzung der BV, 8. November 2016:

Antrag zur geplanten Bebauung am Sommerbergweg; die Verwaltung wurde gebeten die Maßnahme in den Arbeitsplan für das Jahr 2017 aufzunehmen. Über den Stand der Bearbeitung ist weiterhin nichts bekannt.

23. Sitzung der BV, 7. Februar 2017 und 26. Sitzung, 27. Juni 2017:

Antrag zur Video-Überwachung in und am Hörder Bahnhof; die Bezirksvertretung hatte hierzu einen einstimmigen Beschluss gefasst. Trotz Erinnerung liegt bisher keine Stellungnahme der Verwaltung über die Aufnahme von Gesprächen oder mögliche Umsetzungsschritte vor.

Da es von Passanten und Reisenden weiterhin Beschwerden über die Sauberkeit insbesondere im Eingangsbereich des Hörder Bahnhofs gibt, bitten wir ergänzend die Verwaltung und die Verantwortlichen der Bahn für Abhilfe zu sorgen. Bisher zugesagte Maßnahmen sind entweder unterblieben oder nicht ausreichend.

Begründung:

Zu allen genannten Anträgen wurden Gespräche mit beteiligten Personen (Investoren, Anwohnern, Eigentümern, Schülern, Polizei usw.) geführt; die Bearbeitung/Beantwortung der jeweiligen Fragestellungen sollte in einem überschaubaren Zeitrahmen erfolgen um unnötige Nachfragen und Kritik an Politik und Verwaltung zu vermeiden.

Freundliche Grüße

gez. Werner Sauerländer